



Adivasi-Rundbrief 41

- Solidarität mit Indiens Ureinwohnern -
Hg.: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.
Jugendheimstr.10, 34132 Kassel
Mai 2011

Indien: Gesetze und gesellschaftliche Praxis gehen zu Lasten der Armen

Nr.41/1: Indiens Hälfte des Himmels ist bitter arm

Soziologen der Jawaharlal-Nehru-Universität in New Delhi veröffentlichten Anfang April 2011 eine Pilotstudie, der zufolge Angehörige der Dalits und Adivasi rund die Hälfte der wirtschaftlich armen, vom Zugang zu elementaren Menschenrechten ausgeschlossenen Haushalte ausmachen. Indikatoren waren unter anderem Wohnen, Bildung und Arbeitslosigkeit. Laut Zensus stellen beide Volksgruppen rund ein Viertel der nationalen Bevölkerung, sind also überproportional von Armut betroffen.

Das Ergebnis an sich wird zwar kaum jemanden überraschen, da beide Volksgruppen schon immer als Inbegriff armutsgeprägter Lebensverhältnisse galten. Die Studie kann als repräsentativ gelten: Daten waren in 166 Siedlungen von 22 Bundesstaaten erhoben worden. Überraschend, oder eher schockierend, ist die simple Schlussfolgerung, dass bis heute die Realität für die meisten Adivasi und Dalits immer noch der vor Jahrzehnten geprägten Gleichung "Indien = Armut" entspricht. Die vielbeschworene und gepriesene Entwicklungsdynamik geht an diesen Bevölkerungsgruppen offensichtlich spurlos vorüber.

SCs/STs form half of India's poor: Survey, Times of India, 12.April 2011

Nr.41/2: Stellenwert Indiens in der deutschen Außenpolitik erhöhen - ein Plädoyer

"Mehr Indien, weniger China" fordert der Schweizer Journalist Urs Schoettli in seinem Buch mit gleichnamigem Titel. Er sieht Indien verkannt und China wegen seiner autoritären Staatsstruktur zu positiv behandelt, da hier die politische Stabilität zunehmend trügerisch sei. In der indischen Union hingegen sei eine

Systemkrise kein Thema. Die Aufstandsbewegung der Naxaliten betreffe einige Bundesstaaten, aber nicht den Bestand der Union. Wesentliche Vorteile Indiens im Ländervergleich sieht der Journalist im Rechtswesen und in der entwickelten Zivilgesellschaft: In Indien könne sich ein ausländischer Investor in einem Maß auf die lokale Rechtsordnung verlassen, wie es im Falle Chinas nicht gegeben sei.

Immerhin wetteifert Schoettli nicht mit denjenigen, die einer Modernisierung der Wirtschaft gegenüber Rechtsstaat und Demokratie uneingeschränkt den Vorrang geben. Aufgrund der Pressefreiheit in Indien hält er es außerdem für unmöglich, dass es zu einer massiven Hungersnot wie in China nach dem "Großen Sprung nach vorn" kommen könnte. Angesichts der jüngsten Repressionswelle in China gegen Künstler und Andersdenkende scheint Indien in Bezug auf politische Reformen tatsächlich weiter. Allerdings fehlt dem Beitrag von Urs Schoettli fast jegliche Analyse der sozialen Wirklichkeit wie im vorhergehenden Beitrag (Nr. 41/1) skizziert. Ebenso fehlt eine Auseinandersetzung mit dem Kastensystem, einem der großen Hindernisse für demokratische Teilhabe. Wer dies nicht im Blick hat, sollte mit Empfehlungen an die deutsche Außenpolitik sparsamer auftreten.

So läuft ein solches Plädoyer Gefahr, die elementaren Risiken einer unreflektierten Neuordnung des indischen Marktes (und der politischen Steuerung) für einen großen Teil der dortigen Bevölkerung zu vernachlässigen oder gar zu beschönigen. Wohin dies führt, veranschaulichen momentan die sich im Endstadium befindlichen Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Indien. Trotz fundamentaler Kritik

und Hinweisen auf absehbare, gravierende Nachteile (etwa bei der Gesundheitsversorgung) für die sozialen und kulturellen Lebensbedingungen von Kleinbauern, Fischern, kleinen Händlern, Dalits und Adivasi geben sich die Verhandlungsführer blind und taub. Eine ähnlich unkritische Haltung zur sogenannten Modernisierung Indiens war im übrigen im Adivasi-Rundbrief 39 (Nr. 39/5: Indien – neuer Wachstumsmotor der Weltwirtschaft?) bereits Thema.

Urs Schoettli, Mehr Indien, weniger China. Deutschland braucht eine neue Asienpolitik. Edition Körber Stiftung 2011

Nr.41/3: Gemeinsame Absichtserklärungen (MoU) verstoßen gegen Verfassungsgrundsätze und gegen die Vorschrift von Konsultationsverfahren

Allein im Bundesstaat Jharkhand existieren rund hundert bereits unterzeichnete Memoranda of Understanding (MoU; gemeinsame Absichtserklärungen) zwischen Investoren, Industriebetrieben und der Landesregierung. Sie bekunden den Willen, ein Projekt zur Industriensiedlung politisch vorrangig zu betreiben. Über 100.000 Acres (1 Acre gleich rund 0,4 Hektar) vor allem von Adivasi-Gemeinschaften sind davon betroffen. Dazu ist schon einiges, etwa auch zu den fatalen Folgen für die lokale Bevölkerung beispielsweise in Form von Vertreibungen, geschrieben worden.

Stan Swamy, seit Jahrzehnten in Sachen Menschenrechte und auf Seiten der Adivasi engagiert, hat Ende April 2011 eine Analyse der verfassungs- und verfahrensrechtlichen Grundlagen derartiger MoU präsentiert. Sein Fazit: Diese Absichtserklärungen widersprechen der Verfassung und den Ausführungsbestimmungen zur Verfahrensbeteiligung der Angehörigen der registrierten Stämme ("Scheduled Tribes").

Laut Fünftem Abschnitt der Verfassung (*Fifth Schedule*), Artikel 244.1, soll in jedem der Gebiete, in dem entweder Adivasi-Völker oder deren Territorien registriert worden sind, ein beratendes Gremium eingerichtet werden, der sogenannte *Tribes Advisory Council*. Dieser Rat ist für die soziale Grundsicherung und das Vorankommen der jeweils registrierten Stammesgesellschaften zuständig. Er muss über Vorhaben, die die Stammesgesellschaft und ihr

Land betreffen, durch den Gouverneur des jeweiligen Bundesstaates konsultiert werden (Art. 244.5.5). Dies betrifft insbesondere alle Angelegenheiten, die mit friedlichem Zusammenleben, guter Regierungsführung und Landtransfer zu tun haben (Art. 244.5.2.a).

Stan Swamy stellt fest, dass in den letzten zehn Jahren (das heißt seit Gründung des Bundesstaates Jharkhand) kaum eine Sitzung des *Tribes Advisory Council* stattgefunden habe. Keiner der vier bisherigen Gouverneure habe in einer der Sitzungen ein solches MoU zwecks Beratung vorgelegt. Gleichzeitig sei allerdings die Landzuweisung (sprich: Enteignung) an die Investoren mit rasendem Eifer betrieben worden. Ob der Grund dafür Absicht oder Versäumnis ist, sei dahingestellt: Es gibt im Bundesstaat Jharkhand jedenfalls keine detaillierte Übersicht über den bisherigen Erwerb von Adivasi-Land und die Anzahl der Vertriebenen. Die aktuelle Praxis der Umsetzung der MoU in den Gebieten der *Fifth Schedule* verstößt demzufolge eindeutig gegen die Verfassung.

Mit *Panchayat (Extension to Scheduled Areas) Act (PESA)* von 1996 rückte auch die Dorfversammlung (*Gram Sabha*) in eine entscheidende Position. Jedes Vorhaben auf registriertem Land der Adivasi benötigt nicht nur die Konsultation dieses Gremiums, sondern dessen Zustimmung. Ausdrücklich erwähnt sind Vorhaben, die das Landrecht und den Zugang zum Wald berühren.

Im Bundesstaat Jharkhand hat die Umsetzung dieses Gesetzes mehrere Jahre gedauert. Teile der dortigen politischen Adivasi-Bewegung waren übrigens der Meinung, PESA würde aufgrund weitergehender lokaler Regelungen nicht unbedingt gebraucht. Dessen unbeschadet kam allerdings die Landesregierung ihrem gesetzlichen Auftrag zur Umsetzung nur ungenügend nach. Das Landesgesetz *Panchayati Raj Adhiknam* aus dem Jahr 2001, das seinerseits ohne jegliche Konsultation mit den Adivasi-Gemeinschaften eingeführt wurde, enthielt der Gram Sabha ein entscheidendes Recht aus dem PESA vor: Das Eigentümerrecht an Land und Wald. Insofern reichte eine Konsultation aus, die nicht auf die kollektive Zustimmung ausgerichtet sein musste. Erst ein Urteil des Obersten Gerichtshofes in Delhi (*Supreme Court*) bewirkte gesetzgeberische und administrative Maßnahmen, so dass 2010, mehr als zehn

Jahre nach Inkrafttreten von PESA, die ersten Kommunalwahlen entsprechend der PESA-Vorgaben in Jharkhand stattfinden konnten.

Die Landesregierung argumentiert unverfroren auf folgender Linie: Da es ein Landesgesetz und somit funktionsfähige *Gram Sabhas* gegeben habe, musste die kollektive Zustimmung auch nicht eingeholt werden. Stan Swamy kommt zu einem einfacheren und überzeugenderen Schluss: Da die Landesregierung ihrer gesetzlichen Verpflichtung, PESA in die Landesgesetzgebung zu integrieren, nicht nachgekommen ist, mangelt es allen Maßnahmen in der Vergangenheit, die dieses Gesetz berühren, der rechtlichen Grundlage.

Selbst jetzt, angesichts funktionsfähiger *Panchayat Rajs* (Gemeinderäte), werden MoUs in Jharkhand ohne Beteiligung der betroffenen Dorfgemeinschaften unterschrieben. In manchen Gebieten versuchen Firmen, den rechtlichen Mangel durch die nachträgliche Zustimmung zu beheben und den Konsens buchstäblich zu erkaufen. Wenn das nichts hilft, werden Opponenten auch schon mal als Vertreter oder SympathisantInnen der Maoisten denunziert. Dieses Vorgehen ist nicht neu. Stan Swamy endet seine Analyse mit der Hoffnung, dass zivilgesellschaftliche Organisationen weder der Unions- noch der Landesregierung dieses freihändige Hantieren mit dem Rechtsstaat durchgehen lassen.

Der neunseitige Resolutionstext kann über adivasi.koordination@gmx.de angefordert werden.

Nr.41/4: Kohletagebau: Jharkhands Hölle in Wort und Bild

Passend zum vorhergehenden Thema präsentiert die renommierte *School of Oriental and African Studies* in London bis Ende Juni 2011 Bilder des Fotografen Robert Wallis unter anderem zum Kohletagebau in Jharkhand. Jennifer Wallace schrieb Texte dazu, auch zu den Folgen des Uranabbaus und zu den Versuchen seitens der Uranium Company of India Ltd., die Veröffentlichung schädlicher Auswirkungen zu vertuschen oder zu verhindern. Der zweite Teil von *"A Disappearing World: Ancient Traditions Under Threat in Tribal India"* präsentiert traditionelle und neue Kunstformen der Adivasi. Die Bilder, unter anderem von *Philomena Tirkey Imam*, stehen im Kontext der photographisch dokumentierten Wirklichkeit und lassen die

Brüche im Leben der Adivasi drastisch erfahrbar werden. Mit anderen Worten beschreibt der in der Ausstellung zitierte Richter am obersten indischen Gericht, *Aftab Alam*, die gleiche Wirklichkeit: *„Es ist oft der normale Entwicklungsprozess, der uns die Furcht vor unserer Demokratie am deutlichsten bestätigt.“* Folgerichtig thematisiert die Ausstellung auch das fortlaufende Bestehen der maoistischen Bewegung.

<http://www.soas.ac.uk/>

"Brunei Gallery Exhibitions"

Nr.41/5: Vertreibung im westlichen Assam

Ende Oktober 2010 schlug die Forstbehörde in Assam wieder einmal zu: Tausende Angehörige vor allem der *Santal* wurden ohne Vorwarnung aus dem *Lungtung Forest* (Distrikt Kokrajhar, Bundesstaat Assam) vertrieben. Das Gebiet unterliegt der Verwaltung des *Bodoland Territorial Council*, und es hat in der Vergangenheit schon mehrfach Konflikte um Land und Wald in dieser Region gegeben. Die Institutionen der Bodos reklamieren das gesamte Gebiet als Stammland der Bodos, während die Adivasi ebenfalls angestammte Landrechte geltend machen, seitdem sie im 19. Jahrhundert mit falschen Versprechungen zur Arbeit in den Teeplantagen angelockt wurden. Nach Ende des Arbeitsplatzbooms in den Teeplantagen siedelten sich einige Adivasi wieder in Wäldern an - unter anderem seit 1965 im *Lungtung Forest*. Die Konfliktsituation ist also kompliziert, angereichert mit nicht eingehaltenen Versprechungen auch der Landesregierung von Assam aus den 1970er Jahren, als diese zusagte, den Adivasi Landtitel zu übertragen.

Das *Asian Centre for Human Rights* schätzt in seinem Vierteljahresbericht (*Quarterly Journal, Issue 2, 2010*), dass rund 7.000 Personen obdachlos wurden. Die Forstbeamten und angeheuerte Jugendliche brannten hunderte von Häusern in 59 Dörfern nieder, darunter auch Schulen und Gebetsplätze. Am 22. November startete die Forstbehörde eine zweite Runde und eröffnete das Feuer auf die letzten Verbliebenen. Eine Rückkehr sollte unmöglich gemacht werden.

Schutz und Notversorgung erhielten die Vertriebenen von zivilen Hilfsorganisationen, unter anderem der katholischen Diözese Bongai-gaon. Von staatlicher Seite wurde keine Hilfe

geleistet. Das *Asian Centre for Human Rights* unternahm im Dezember 2010 und Januar 2011 zwei Visiten zu den Vertriebenen und führte Interviews durch. Aktiv war auch die Interessenorganisation der *Santals*, AISWACS (*All India Santal Welfare and Cultural Society*), die national wie international Hilfe zu organisieren versuchte. Der Erfolg war allerdings nur mäßig, da der Konflikt abseits der Schlagzeilen verlief und der ethnische Hintergrund als ziemlich unüberschaubar gilt.

In der Tat: Es kann vieles falsch gemacht werden. Nichtstun wäre jedoch der größte Fehler. Die Adivasi-Koordination in Deutschland hat keine goldene Regel zur Lösung des Konflikts, ist aber unter anderem zusammen mit AISWACS auf der Suche nach einer gangbaren, friedlichen Konfliktmediation, nach Möglichkeit unter internationaler Beteiligung.

<http://www.achrweb.org/>

Nr.41/6 "Große Versammlung": 3.000 Ureinwohner kommen in Delhi zusammen

Ende März versammelten sich rund 3.000 Adivasi aus ganz Indien in Delhi. Mit Unterstützung zahlreicher Einrichtungen aus dem Bereich der Hochschulen, Kirchen und Nicht-Regierungsorganisationen hatte die *Indian Confederation of Indigenous and Tribal Peoples (ICITP)* zu einer großen Versammlung eingeladen: *All India Indigenous Peoples' Grand Assembly - Akhil Bharatiya Adivasi Mahasaba*. Das dreitägige Treffen befasste sich mit Landrechten und Enteignung, der Umsetzung von PESA, Vertreibung und Entschädigung, Globalisierung und deren Auswirkung auf Stammesgesellschaften. Des weiteren zählten Bildung, Gesundheit, Armut und Migration, Menschenrechtsverletzungen, Kultur, genetische Ressourcen und traditionelles Wissen sowie internationale Instrumente zum Schutz indigener Völker zu den Themen. Die indische Regierung wurde unter anderem aufgefordert, die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO 169) zu ratifizieren.

Vertreter des ICITP berichten von einem vollen Erfolg durch die starke Präsenz von Adivasi-RepräsentantInnen im politischen Delhi und betonen die Teilnahme ranghoher Politiker. Aus dem Kreis von Adivasi-AktivistInnen ist allerdings auch Kritik zu hören dahingehend, dass die Versammlung zu sehr auf eine geschlossene

Präsentation nach außen bedacht war und zu wenig Raum für selbstkritische Diskussionen eingeräumt wurde. Der im vorhergehenden Beitrag Nr.41/5 geschilderte Konflikt in Assam durchzieht beispielsweise auch den ICITP. Dessen Potential als vermittelnde Plattform wurde jedoch nicht ausgelotet.

Der Resolutionstext (neun Seiten) kann über adivasi.koordinaton@gmx.de angefordert werden.

Nr.41/7: 25.-26.Juni 2011, Berlin: Workshop zum Thema "Vertreibung"

Am Wochenende 25./26. Juni 2011 führt die Adivasi-Koordination in Deutschland e.V. in Berlin einen Workshop zum Thema Vertreibung durch. Eingeladen als Referenten sind Bineet Mundu aus Jharkhand, der gerade eine Pilotstudie zu diesem Thema fertig stellt, und Johannes Laping, Gründungsmitglied der Adivasi-Koordination aus Eppelheim bei Heidelberg. Der Workshop bezieht sich auf die Aufarbeitung der Erfahrungen mit dem Stahlwerk Rourkela (siehe frühere Adivasi-Rundbriefe) und die fortwährende Missachtung der Land- und Waldrechte indigener Völker im Zuge der Öffnung von Märkten.

Ort und Uhrzeit sowie Programmdetails können über adivasi.koordination@gmx.de erfragt werden.

Theodor Rathgeber

Adivasi-Rundbrief Nr. 41, Mai 2011

Herausgeber: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V., Hans Escher, Weiherstr. 12, 35578 Wetzlar, Tel. 06441-43124, escher_hallwas@freenet.de; Dr. Theodor Rathgeber, 34132 Kassel. Spenden zur Deckung der Kosten sind sehr erwünscht. Spendenkonto der Adivasi-Koordination bei der Evangelischen Kreditgenossenschaft eG Frankfurt, Konto-Nr. 400 3764, BLZ 520 604 10. Vertrieb: Einzelzustellung (per email) und Beilage in der Zeitschrift „Südasiens“. Sämtliche Adivasi-Rundbriefe ab 1997 sind zugänglich unter www.adivasi-koordination.de.